Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Eidgenössisches Departement für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport VBS
Generalsekretariat / ND-Aufsicht
Maulbeerstrasse 9
3003 Bern

6. Juni 2017

Verordnung über die Aufsicht über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. März 2017 haben Sie uns eingeladen, zum Entwurf der Verordnung über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten (VAND) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, unsere Haltung zum Entwurf darlegen zu können. Gerne äussern wir uns wie folgt:

Das Nachrichtendienstgesetz (NDG) überträgt dem Bundesrat in wesentlichen Bereichen die Aufsicht über den Nachrichtendienst. Die VAND präzisiert und konkretisiert diese Aufsichtspflicht. Geregelt werden drei Teilbereiche (Art. 1): Administratives im Zusammenhang mit der unabhängigen Aufsichtsbehörde (AB-ND), die Funk- und Kabelaufklärung durch die unabhängige Kontrollinstanz (UKI) sowie die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den kantonalen Dienstaufsichtsorganen. Unmittelbar betroffen sind die Kantone insbesondere von den Regelungen des dritten Bereichs. Vorab halten wir fest, dass wir der VAND grundsätzlich zustimmen.

Zu einzelnen Bestimmungen erlauben wir uns folgende Anregungen:

Artikel 1 Buchstabe c: Analog zu Artikel 12 Absatz 4 sollte von kantonalen „Aufsichtsorganen“ und nicht „Dienstaufsichtsorganen“ die Rede sein.

Artikel 2: Die AB-ND soll dem Generalsekretariat des VBS (GS VBS) in administrativer Hinsicht zugeordnet werden. Es dürfte unbestritten sein, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die recht- und verhältnismässige Aufgabenerfüllung durch den NDB sicherzustellen ist und der Bundesrat aufgrund der erweiterten Kompetenzen des NDB diesbezüglich in einer gewissen Bringschuld steht. Wir regen deshalb eine Überdenkung der Zuordnung zum GS VBS an, um an der unerlässlichen Unabhängigkeit der AB-ND von Beginn weg keine Zweifel aufkommen zu lassen. Die mit der geplanten Zuordnung angestrebte Unterstützung der AB-ND (vgl. 1 der Erläuterungen) ist objektiv gegen das Risiko des Anscheins zu grosser Nähe und von Befangenheit der AB-ND und dem damit verbundenen Reputationsschaden und Vertrauensverlust abzuwägen. Dabei ist auch dem historischen Bewusstsein der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Bewährt hat sich unseres Erachtens die im Kanton Solothurn geltende Regelung, die Kontrolltätigkeit einem auch administrativ getrennten Kontrollorgan, konkret der Beauftragten für Information- und Datenschutz, zu übertragen (vgl. § 4 der Verordnung über die Dienstaufsicht

und Kontrolle der Tätigkeiten der Polizei Kanton Solothurn zur Wahrung der inneren Sicherheit vom 22. Mai 2012, Dienstaufsichtsverordnung; BGS 511.121). Würde der vorgeschlagene Artikel 2 analog gelten, wäre das Kontrollorgan administrativ dem Generalsekretariat des Departementes des Innern zugeordnet, zu dem auch die Polizei Kanton Solothurn gehört. Eine derartige Nähe würde unseren Vorstellungen von „unabhängig und getrennt“ widersprechen. Aus diesem Grund haben wir uns bewusst für andere Strukturen entschieden (vgl. § 31 Abs. 4 des Informations- und Datenschutzgesetzes vom 21. Februar 2001, InfoDG; BGS 114.1).

Artikel 3 ist unerlässlich.

Artikel 4: Wir erachten eine Verdeutlichung des Wortlauts sinnvoll: Erst die Erläuterungen stellen klar, dass es sich bei dieser Bestimmung um eine sachgerechte Ergänzung von Artikel 78 Absatz 4 NDG handelt.

Artikel 5: Der bewusste Verzicht der Exekutive auf Erlass einer Geschäftsordnung oder dgl. für die AB-NDB ist zu unterstützen. In Absatz 3 ist derselbe Begriff (AB-ND) wie in den Absätzen 1 und 2 zu verwenden.

Artikel 6: Die vorgesehene Möglichkeit einer Aufstockung der UKI von drei auf maximal fünf Mitgliedern ist nachvollziehbar. Zur Wahrung der unabdingbaren Unabhängigkeit der UKI sollten indessen keine Mitarbeitenden des VBS Einsitz nehmen. Absatz 1 ist entsprechend anzupassen und Absatz 2 ersatzlos zu streichen.

Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a: Die Funkaufklärungsaufträge, die der NDB und der Nachrichtendienst der Armee (NDA) erteilen, sind von der UKI auf ihre Rechtmässigkeit zu überprüfen. Nicht erwähnt wird das verfassungsmässige Gebot der Verhältnismässigkeit. Die Bestimmung ist zu ergänzen, so dass lediglich geeignete, nötige und im engeren Sinne verhältnismässige Aufträge ausgeführt werden.

Artikel 9 Absatz 3: Der Bericht ist zu veröffentlichen, soweit dabei nicht wesentliche Sicherheitsinteressen gefährdet werden könnten. Der Absatz ist entsprechend zu ergänzen.

Artikel 10: Die neu geschaffene AB-ND beaufsichtigt auch die Tätigkeiten der kantonalen Vollzugsbehörde, konkret die durch die Polizei Kanton Solothurn ausgeübten nachrichtendienstlichen Tätigkeiten im Auftrag des Bundes. Damit kommt der Bund u.E. seiner Verantwortung nach, die Aufsicht über die in seinem Auftrag vorgenommenen Tätigkeiten auszuüben. Die Kantone haben die Stellen und Aufsichtsorgane, welche für die kantonale Dienstaufsicht verantwortlich sind, zu bezeichnen und dem GS VBS zuhanden des NDB und der AB-ND zu melden (Absatz 1). Wir gehen davon, dass es auch nach Inkrafttreten der VAND zulässig ist, die Tätigkeiten der kantonalen Vollzugsbehörde (auch) durch das getrennte Kontrollorgan zu überprüfen (vgl. auch Art. 11 Abs. 3). Das in den Erläuterungen zu Artikel 10 Absatz 2 beschriebene Prüfungsverfahren entspricht im Übrigen der bewährten Praxis in unserem Kanton.

Art. 12 Absatz 4: Um effiziente und effektive Kontrollen durch die verschiedenen eidgenössischen und kantonalen Kontrollorgane (insb. AB-ND, kantonale Dienstaufsicht, getrenntes Kontrollorgan) zu gewährleisten, bedarf es neben dem erwähnten Informationsaustausch auch der Koordination (analog zu Abs. 1 zwischen der AB-ND und der UKI). Die Notwendigkeit von Absprachen sollte zumindest in den Erläuterungen erwähnt werden. Ausserdem ist im Verordnungstext oder zumindest in den Erläuterungen darauf hinzuweisen, dass mit „zuständigen Aufsichtsorganen des Bundes und der Kantone“ auch die jeweiligen Datenschutzaufsichtsorgane gemeint sind.

Falls die Einsichtnahme der kantonalen Datenschutzaufsichtsstellen bewilligungspflichtig sein sollte, müsste ein zusätzlicher Artikel dies vorsehen (analog Art. 10 Abs. 2).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen in der Weiterbehandlung des Geschäfts.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Dr. Remo Ankli
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatschreiber